



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 29. August bis 4. September 2024

Die gerade vergangene Woche war in der polnischen Politik einmal mehr von dem Versuch geprägt, die Vorgängerregierung juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Die Staatliche Wahlkommission (PKW) traf endlich eine Entscheidung und lehnte den Finanzbericht von Recht und Gerechtigkeit (PiS) ab, was die Partei mindesten zehn Millionen Złoty (2,34 Millionen Euro) an öffentlichen Geldern kosten wird, und die Partei läuft Gefahr, dass das nicht das Ende ihrer finanziellen Probleme sein wird, weil im September die PKW noch des Weiteren entscheiden soll, ob die Partei ihre Subventionen drei Jahre lang verliert. In Großbritannien wurde der frühere Chef der Regierungsagentur für Strategische Reserven (RARS), Michał Kuczmierowski, in Gewahrsam genommen, der per Haftbefehl gesucht wurde. Das britische Gericht hat seine Haftentlassung gegen Kautions abgelehnt, daher wird er während des Verfahrens zur Entscheidung über seine Auslieferung an Polen weiter in Haft bleiben.

Entscheidung der PKW in Sachen PiS

Am vergangenen Donnerstag, den 29. August 2024, lehnte die Staatliche Wahlkommission den Finanzbericht von Recht und Gerechtigkeit ab, nachdem sie Unregelmäßigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung in Höhe von 3,6 Millionen Złoty (0,84 Millionen Euro) aufgedeckt hatte. Dies bedeutet, dass die Partei eine um zehn Millionen Złoty (2,34 Millionen Euro) niedrigere Zuwendung erhalten und vielleicht ihre Subventionen für drei Jahre verlieren wird (die entsprechende Entscheidung soll im September getroffen werden). Die Wellen der Empörung schlugen hoch. Der PiS-Abgeordnete und frühere Innen- sowie Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak kündigte Revision beim Obersten Gericht an: „Wir werden Revision gegen diese Entscheidung einlegen, wir werden vor dem Obersten Gericht klagen. [...] Es ändert sich der verfassungspolitische Aufbau unseres Landes, die verfassungsrechtlichen Garantien für die

Opposition wurden verletzt. Lügen haben kurze Beine. Was heute Recht und Gerechtigkeit betrifft, das wird in Zukunft sicher das Regime des Donald Tusk betreffen, er wird nicht ewig regieren.“¹

Im Obersten Gericht wird sich die Kammer für Außergewöhnliche Kontrolle und Öffentliche Sachen mit der Klage befassen, die ausschließlich mit von Präsident Andrzej Duda (PiS) berufenen Neo-Richtern besetzt ist. Das Oberste Gericht und die europäischen Gerichte erkennen diese Kammer nicht an.

PiS-Vorsitzender Jarosław Kaczyński vermochte seine Empörung nicht zu verbergen: „Die Entscheidung ist skandalös. Wir werden kämpfen, aber wir brauchen in diesem Moment finanzielle Unterstützung seitens der Gesellschaft. Die Opposition auszuschalten – das heißt in der Praxis der Versuch der Vernichtung der einzigen starken Oppositionspartei, aber wir werden schon zurechtkommen –, ist nichts anderes, als der seinerzeit von Aljaksandr Lukaschenka oder Wladimir Putin eingeschlagene Weg“, sagte Kaczyński.²

Ebenso empört war der frühere Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS): „Die jetzige Regierung will uns schwächen, weil sie eine Niederlage fürchtet. Schließlich haben alle in Erinnerung, dass 2023 die Bürgerplattform die Wahlen keineswegs gewonnen, sondern mit mehr als einer Million Stimmen verloren hat. Wenn du sie nicht besiegen kannst, dann vernichte sie.“³

Paweł Lisicki schlägt in *Do Rzeczy* gleichfalls schrille Töne an: „Es sieht so aus, als ob jemand entschieden habe, das Finanzpotential der größten Oppositionspartei vollständig zu zerschlagen.“⁴

Donald Tusk kommentiert knapp in dem für ihn typischen Stil: „PiS lernt die wahre Bedeutung der Wörter Recht und Gerechtigkeit kennen.“⁵

Artur Bartkiewicz schreibt in der *Rzeczpospolita*: „Recht und Gerechtigkeit erntet, was die Partei gesät hat – die vollständige Demontage der von der Exekutive unabhängigen Staatsinstitutionen führt dazu, dass die Kaczyński-Partei gegen die Entscheidung der PKW so gut wie kein Mittel weiß.“⁶

Der Politologe Andrzej Anusz schlägt im Gespräch mit *Do Rzeczy* einen alarmistischen Ton an: „Die Entscheidung der PKW in Sachen PiS macht ein Szenario wahrscheinlicher, bei dem der Sejm

¹<https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/9595327,co-z-subwencja-pis-po-decyzji-pkw.html>

²<https://wiadomosci.onet.pl/kraj/prezes-pis-o-decyzji-pkw-to-droga-aleksandra-lukaszenki-i-wladimira-putina/523hzmh>

³<https://wyborcza.pl/7,75398,31264072,jest-decyzja-pkw-bedzie-ciecie-subwencji-pis.html>

⁴<https://dorzeczy.pl/plus/polska-do-rzeczy/629442/decyzja-pkw-ws-pis-lisicki-i-ziemkiewicz-komentuja.html>

⁵<https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-olbrzymie-poruszenie-po-decyzji-pkw-pierwsze-komentarze,nId,7768716>

⁶<https://www.rp.pl/komentarze/art41048071-artur-bartkiewicz-pis-bezradny-wobec-decyzji-pkw-na-wlasne-zyczenie>

aufgelöst und vorzeitige Wahlen verkündet werden, in dem Präsident Andrzej Duda die Hauptrolle spielen wird.“⁷

Nach Meinung von Senator Krzysztof Kwiatkowski (KO) wird die Entscheidung der PKW positive Folgen haben: „Meiner Meinung nach wird es keine politische Partei mehr wagen, öffentliche Gelder zur Wahlkampffinanzierung einzusetzen.“⁸

Die PKW-Entscheidung wird von einer Mehrheit der Polen befürwortet; bei einer im Auftrag der *Rzeczpospolita* durchgeführten Meinungsumfrage des Umfrageinstituts IBRiS sagten 56 Prozent der Befragten, die PKW habe zurecht den Finanzbericht von PiS abgelehnt, und die Partei solle ihre Zuwendung und die Subventionen für drei Jahre verlieren. Mit Nein antworteten 36,7 Prozent, unentschieden waren 7,3 Prozent der Befragten.⁹

Unterdessen kündigte die Partei bereits eine allgemeine Mobilmachung und Geldsammelaktion unter ihren Mitgliedern und Anhängern an. In wenigen Tagen konnten drei Millionen Złoty (0,7 Millionen Euro) eingenommen werden.

Früherer RARS-Chef in London festgenommen

Michał Kuczmierowski, vormals Chef der Regierungsagentur für Strategische Reserven, wurde in London festgenommen. Kuczmierowski verweigerte die freiwillige Auslieferung, das britische Gericht verneinte seinerseits die Freilassung des polnischen Politikers gegen die von diesem vorgeschlagene Kautionshöhe von 200.000 Pfund Sterling (237.498 Euro), so dass Kuczmierowski bis zur Verkündung des Urteils über seine Auslieferung an Polen in Haft bleibt.

Vor seiner Verhaftung konnte Kuczmierowski noch dem Fernsehsender wPolsce24 ein Interview geben. Dabei sagte er: „Die Mainstream-Medien haben mich eigentlich bereits als Betrüger und Dieb von der PiS-Partei abgeurteilt. Ich bin ein Opfer einer medialen und politischen Hetzkampagne.“¹⁰

Die Juristin Katarzyna Gajowniczek-Pruszyńska beurteilt die Entscheidung des britischen Gerichts: „Da das Gericht die Haft nicht aufgehoben hat, bedeutet das, dass es keine Zweifel an den vorliegenden Beweismaterialien hat, es hat der Argumentation nicht zugestimmt, die

⁷<https://dorzeczy.pl/opinie/628521/anusz-decyzja-pkw-ws-pis-przybliza-scenariusz-rozwiazania-sejmu.html>

⁸<https://www.onet.pl/informacje/onetwiadomosci/pis-oburzony-decyzja-pkw-te-fajtlapy-nie-zglosily-zadnych-zastrzezen/e0kdr84,79cfc278>

⁹<https://www.rp.pl/polityka/art41064111-sondaz-czy-pis-powinien-stracic-subwencje-polacy-bez-litosci-dla-partii-kaczynskiego>

¹⁰<https://wgospodarce.pl/informacje/144929-kuczmierowski-dla-wpolsce24-jestem-ofiara-nagonki>

Wahrscheinlichkeit einer Straftat sei gering, der Sachverhalt geringfügig, und hat sich nicht dem Argument der Verteidigung angeschlossen, es handle sich um eine politische Sache.“¹¹

Der Europaabgeordnete Dariusz Joński (KO) meint dazu: „Festgenommen. Kein Straftäter wird entkommen. Gleich ob er in London ist, auf Zypern oder ob er sich im Präsidentenpalais verbirgt.“¹²

Marcin Warchoł, Abgeordneter von Souveränes Polen, setzt sich für Michał Kuczmierowski ein: „Ich bin überzeugt, dass die Wahrheit obsiegen wird. Die Gerichte, die in diesem Fall entscheiden, werden Fakten und nicht Lügen heranziehen [...] Keine Regierung dauert ewig, und für sie wird auch die Zeit kommen. Die Zeit der Abrechnung, und die Beweise schreien jetzt schon nach Rache zum Himmel.“¹³

Rafał Komarewicz, Abgeordneter von Polska 2050, meint auf seinem Profil bei X: „Der Gerechtigkeit wird Genüge getan. Wieso ist er geflohen, wenn er mit Straffreiheit rechnete? Jetzt ist die Blamage umso größer. Na, es ging wohl wirklich um diese Stellenbewerbung im Ausland...“¹⁴

„Michał K., vormaliger Vorsitzender der RARS, in London festgenommen. Der rachsüchtige Donald [Tusk] lässt nicht locker“, stellt seinerseits der PiS-Abgeordnete Filip Kaczyński fest.¹⁵

Die Festnahme des Politikers geht auf ein staatsanwaltschaftliches Untersuchungsverfahren zu Unregelmäßigkeiten bei der Regierungsagentur für Strategische Reserven und Vorwürfe gegen Michał Kuczmierowski zurück, u.a. Mitglied einer kriminellen Organisation gewesen zu sein. Ihm drohen bis zu zehn Jahre Gefängnis.

Tweet der Woche

„Die Staatsanwaltschaft will nach Paweł Sz., Gründer der Marke *Red is Bad*, im Gangsterslang von PiS Chopin genannt, mit einer Red Notice [d.h. mit internationalem Haftbefehl; A.d.Ü.] von Interpol fahnden lassen. Genauso, wie nach Gangstern aus kriminellen Banden gefahndet werden sollte, die im Verbrecherargot sprechen und öffentlich hunderte Millionen Złoty stehlen.“

Krzysztof Brejza, Abgeordneter der PO.

¹¹<https://wyborcza.pl/7,75398,31278140,co-dalej-z-kuczmierowskim-wyjasniamy-na-czym-polega-procedura.html>

¹²<https://wiadomosci.onet.pl/kraj/byly-prezes-rars-zatrzymany-w-londynie-msciwy-donald-nie-odpuszcza/4tzlfb>

¹³<https://wpolityce.pl/polityka/704596-tylko-u-nas-warchol-o-kuczmierowskim-prawda-sie-obroni>

¹⁴<https://x.com/RKomarewicz/status/1830596795493195881>

¹⁵<https://wiadomosci.onet.pl/kraj/byly-prezes-rars-zatrzymany-w-londynie-msciwy-donald-nie-odpuszcza/4tzlfb>

Und in einer Woche: Ein russischer Agent mit Zugang zu polnischen Geheimakten, oder über die Causa Pawel Rubzow.

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann